

PLENUM AKTUELL

INFORMATIONEN DER SPD-FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG - 26. März 2015

HESSEN
SPD

LANDTAGSFRAKTION



Fotos: Hermann Heibel

STARTSCHUSS FÜR DIE KAMPAGNE DER SPD-FRAKTION GEGEN DIE SCHWARZ-GRÜNE KOMMUNALFEINDLICHKEIT MIT VIELEN LANDTAGSABGEORDNETEN. MIT DABEI: WIESBADENS OBERBÜRGERMEISTER SVEN GERICH, DIE GIESSENER LANDRÄTIN ANITA SCHNEIDER UND DIE BÜRGERMEISTERINNEN VON ROSSDORF UND HOFHEIM, CHRISTEL SPÖSSLER UND GISELA STANG.

WAS SCHWARZ-GRÜN KÜRZT, ZAHLEN DIE BÜRGER

Unter der Überschrift „Heute gekürzt, morgen geschlossen?“, macht die SPD-Landtagsfraktion landesweit auf die Risiken und Nebenwirkungen der schwarz-grünen Kommunalfeindlichkeit für den sozialen Zusammenhalt in Hessen aufmerksam. „Die Debatte über den neuen kommunalen Finanzausgleich darf nicht nur im Landtag geführt werden, sondern gehört dorthin, wo es die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar trifft, in die Städte und Gemeinden“, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel.

Mit der Kampagne wolle die SPD-Fraktion die Folgen der Unterfinanzierung der kommunalen Ebene aufzeigen. Im Mittelpunkt steht ein schwarz-grünes Absperrband mit der Aufschrift „Gekürzt! Ihre Landesregierung“. „Damit kann markiert werden, welche Angebote

es in dieser Form nicht mehr gibt, wenn die CDU-Grüne-Koalition ihren Plan für einen neuen kommunalen Finanzausgleich (KFA) durchsetzt“, sagte Schäfer-Gümbel.

Er unterstrich, dass die Diskussion über den Kommunalen Finanzausgleich keine akademische Debatte sei, sondern alle Bürgerinnen und Bürger unmittelbar betreffe. „Die schwarz-grüne Kommunalfeindlichkeit trifft jede Bürgerin und jeden Bürger. Was das Land den Kommunen vorenthält, zahlen sie in Form höherer Gebühren und Steuern oder in Form schlechterer Angebote. Wenn die Kommunen verarmen, verarmt das soziale Leben.“

Die hessische Verfassung verpflichte das Land, die Städte, Gemeinden und Kreise aufga-

bengerecht zu finanzieren. Diese Verpflichtung gelte unabhängig von der Schuldenbremse. Das neue KFA-Modell sei hingegen ein mathematisches Täuschungsmanöver. „Die Parameter wurden so willkürlich festgesetzt, dass am Ende das Wunschergebnis von Schwarz-Grün erzielt wurde: Es gibt kein zusätzliches Geld für die Kommunen.“

Der SPD-Abgeordnete Gerald Kummer forderte die Landesregierung auf, ihren unfairen und unverantwortlichen Entwurf für die KFA-Reform zurückzuziehen. „Durch ihn wird der Mangel nur neu verteilt.“



GERALD KUMMER



Aktuelle Stunden kurz und knapp

NEUER ENERGIEGIPFEL NÖTIG

Der SPD-Fraktionsvorsitzende **Thorsten Schäfer-Gümbel** hat die Landeregierung aufgefordert, einen **zweiten Energiegipfel** einzuberufen. Mit der Verweigerung des Dialogs gefährde die Landesregierung nicht nur den Grund-



konsens zur Energiewende, sondern auch die Chancen der Energiewende selbst. „Wir erwarten von der Landesregierung, dass auch die Bürgerinitiativen am zweiten

Energiegipfel beteiligt werden, da Transparenz und Beteiligung der unterschiedlichen Akteure Voraussetzungen für ein Gelingen der Energiewende sind.“ Die Zeit des Wegduckens und Hintertreibens sowie der Doppelspiele der CDU müsse vorbei sein.

+++

Den **Sozial- und Erziehungsberufen** soll endlich ein höherer Stellenwert eingeräumt werden. „Wir vertrauen Erziehern unsere Kinder und Pflegekräften unsere pflegebedürftigen Senioren an, bezahlen sie aber schlechter, als Menschen die unsere Autos zusammenbauen“, sagte der arbeitsmarktpolitische



Sprecher **Wolfgang Decker**. Die Finanzierung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe dürfe aber nicht allein an den Kommunen hängen bleiben.

+++

Der wirtschaftspolitische Sprecher **Uwe Frankenberger** hat den **Bewirtschaftungsplan Werra-Weser** als „heiße Luft“ kritisiert. „Es



Foto: fotolia.com/fineart-collection

ist wie im Märchen: Fünf grüne Umweltminister heben den Zauberstab und wie durch Zauberhand soll nun durch den Bewirtschaftungsplan Werra-Weser an zwei repräsentativen Messpunkten bis zum Jahr 2027 der Zielwert für Chlorid halbiert werde, 33 Jahre früher als noch vor einem Jahr vorgesehen. Mit welchen Maßnahmen dieser Wert erreicht werden soll, darüber findet man in dem Bewirtschaftungsplan nichts, denn die Entscheidung über die Maßnahmenkombination liegt beim Unternehmen K + S.“



TAREK AL-WAZIR ENTGLEIST

Wie blank die Nerven bei Schwarz-Grün inzwischen liegen, hat Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir (Grüne) in der Debatte über einen zweiten Energiegipfel deutlich gemacht. Im Stile der neuerdings üblichen Oppositionsbeschimpfung nannte er den SPD-Antrag einen „dreckig hingerotzten Dreizeiler“ und entschuldigte sich halbherzig nach einer entsprechenden Mahnung des Landtagspräsidenten.

LANDESSCHULAMT AUFGELOST

Das 2012 von Schwarz-Gelb geschaffene Landesschulamt ist jetzt wieder abgeschafft worden. „Es ist ein guter Tag“, sagte der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Christoph Degen. Leider habe sich die schwarz-grüne Koalition nicht dazu durchringen können, den besseren Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zu beschließen. „Wir wollen, dass die Schulverwaltung in der Fläche fest verankert ist“, sagte der Abgeordnete.

KOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT

Der SPD-Landtagsabgeordnete Tobias Eckert hat FDP-Vorschläge zurückgewiesen, die faktisch eine Gebietsreform der Landkreise bedeuten. „Die freiwillige interkommunale Zusammenarbeit ist dann erfolgreich, wenn sie vor Ort getragen wird. Wer Strukturveränderungen von oben herab anordnet, fördert damit das oft beklagte Desinteresse gegenüber der Politik.“ Zusammenschlüsse von Kommunen



würden nicht aus der Überzeugung heraus diskutiert, dass größere Einheiten besser für die Menschen seien. Es sei vielmehr die blanke Not, die Kommunalpolitiker dazu bringe diesen Weg als Ultima Ratio zu überlegen, weil die Landespolitik die Kommunen am langen Arm finanziell verhungern lasse. Eckert erinnerte an die Forderung der SPD, die staatlichen Aufgaben aller Ebenen in einer Enquete-Kommission Staatsmodernisierung fraktionsübergreifend zu diskutieren.



Fotos: Gert-Uwe Mende

METROPOLREGION BRAUCHT ANTWORTEN

Der SPD-Landtagsabgeordnete Marius Weiß hat von der hessischen Landesregierung Antworten auf die drängenden Fragen für die Metropolregion Rhein-Main gefordert. „Getrieben von den Anstößen sozialdemokratischer Akteure haben CDU und Grüne heute das Thema Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main auf die Tagesordnung gesetzt und dabei offenbart, wie ambitions- und ideenlos die Landesregierung regionalpolitisch aufgestellt ist. Ein Antrag, der lediglich den Status Quo beschreibt und keinerlei Perspektiven aufzeigt, ist einer Landesregierung unwürdig“, sagte Weiß. Vor allem im regionalen Verkehrsbereich sieht die SPD erhebliche



MARIUS WEISS

Defizite bei CDU und Grünen. „Wenn heute nicht in die Verkehrsinfrastruktur investiert wird, wird die Region einen bedeutenden Vorzug verlieren.“ Auch beim Thema Internationale Bauausstellung (IBA) zweifeln die Sozialdemokraten an der Ernsthaftigkeit der Koalitionsfraktionen. „Die SPD steht für jede Initiative zur Verfügung, die die Region nachhaltig voranbringt. Dies gilt auch für die IBA, die wir gefordert und vertreten haben, wie keine andere Partei im Hessischen Landtag.“ Den Debattenbeitrag von Ministerpräsident Bouffier bewertete Weiß als Ansammlung von Gemeinplätzen ohne jeden zukunftsfähigen Vorschlag.

MUSTERLAND FÜR BIO-LANDWIRTSCHAFT

Für eine bäuerlich geprägte, nachhaltige Landwirtschaft hat sich der landwirtschaftspolitische Sprecher der SPD Landtagsfraktion, Heinz Lotz, ausgesprochen. „Hessen hat das Potenzial zum Musterland für ökologische Landwirtschaft. Heimische Landwirte sollen vom dynamischen Wachstum des Biomarktes profitieren. Deshalb muss das Land Hessen sich aktiv für einen Ausbau des Marktes für Bio-Lebensmittel durch den europäischen Rechtsrahmen einsetzen.“



HEINZ LOTZ

Die Nachfrage und die Akzeptanz für Bio-Lebensmittel seien in Hessen so hoch wie noch nie. Diese Chance gelte es weiter auszubauen. Deshalb empfehle die SPD in ihrem Antrag, die Bundesregierung in ihrer Absicht zu unterstützen, einen „Zukunftsplan Öko“ umzusetzen, der unter anderem 20 Prozent Ökolandbau vorsehe.

KIFÖG-FEHLER SCHNELL BEHEBEN

Die schlimmsten Fehler des seinerzeit von Schwarz-Gelb verabschiedeten Kinderförderungs-gesetzes (KiföG) müssen aus Sicht der SPD-Fraktion so schnell wie möglich behoben werden. Die Abgeordnete Lisa Gnadl sagte: „Wir bleiben bei unserer grundlegenden A b l e h n u n g des KiföG. Dennoch haben wir uns mit dem gültigen Gesetz auseinandergesetzt. Hier sehen wir dringenden Handlungs- und Änderungsbedarf“, sagte Gnadl.



Es sei schon heute möglich, die bestehenden und offensichtlichen Mängel zu beheben. „Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir erstens die Standards für die Betreuung behinderter Kinder in Kitas festlegen, weil wir Inklusion wirklich wollen. Wir setzen zweitens Anreize für längere Betreuungszeiten, weil durch längere Betreuungszeiten höhere Personalanforderungen und Kosten seitens der Träger entstehen, die finanziell im Gesetz hinterlegt werden müssen“, so die SPD-Politikerin. Man wolle drittens insbesondere kleinere Einrichtungen fördern, damit gerade im ländlichen Raum diese Einrichtungen, die aufgrund des demografischen Wandels ihre Gruppen nicht bis zur notwendigen Maximum füllen könnten, nicht benachteiligt werden.



LISA GNADL

Blockupy

GEWALT SCHARF VERURTEILT

Die Ausschreitungen in Frankfurt anlässlich der Eröffnung der Europäischen Zentralbank hat die SPD-Fraktion gemeinsam mit CDU, Grünen und FDP scharf verurteilt. „Die Bilder der Gewalttäter, der brennenden Autos, verletzter Polizeibeamter und die Rauchschwaden vor Frankfurts Skyline, waren entsetzlich. Die massiven Angriffe auf Polizeibeamte mit Steinen und Pyrotechnik, die zahlreichen Brände von Fahrzeugen und die Gewaltübergriffe auf Feuerwehrleute sind nicht tolerierbar. Diese furchtbaren Gewaltausschreitungen sind auf das Schärfste zu verurteilen. Gewalt ist kein Ausdruck von Meinungsfreiheit, sondern eine Straftat“, sagte die innenpolitische Sprecherin Nancy Faeser. Es sei auch nicht zu ertragen, dass einige nach den Ereignissen der letzten Woche versuchten, die Gewalttaten zu rechtfertigen. Die Beschwichtigungsversuche der Blockupy-Organisatoren vor Ort würden ihre eigene Sprache sprechen.

„Der Innenminister hat zu Recht darauf hingewiesen, dass am

Nachmittag des 18. März auf dem Frankfurter Römer 17.000 Menschen friedlich demonstriert haben. Aber auch die friedlichen Demonstranten haben eine Verantwortung dafür, genau hinzuschauen, dass sie sich nicht vor den Karren von Brandstiftern spannen lassen.“

Die Polizisten, Feuerwehrleute und Sanitäter hätten wahrlich unsere Werte und unseren Rechtsstaat verteidigt und verdienten dafür Dank. Gleichzeitig sandte Faeser im Namen der SPD die Genesungswünsche an die 150 verletzten Einsatzkräfte.

Thorsten Schäfer-Gümbel kritisierte den Linken-Politiker Ulrich Wilken, der als Mitorganisator die Eskalation billigend in Kauf genommen habe und forderte ihn auf, sein Amt als Landtagsvizepräsident aufzugeben.



NANCY FAESER

CYBERMOBBING BEKÄMPFEN

Die SPD-Landtagsabgeordnete Kerstin Geis hat eine wirksame Unterstützung der Schulen im Hinblick auf sogenanntes „Cybermobbing“ gefordert. „Es fehlt in Hessen ein konsistentes Konzept für Jugendmedienschutz an den Schulen. Jede Schule ist auf sich allein gestellt.“ Eine kompetente Beratung sei aber unverzichtbar. Jede sechste Schülerin und jeder sechste Schüler seien bereits Opfer von Mobbing im Netz geworden.



KERSTIN GEIS

QUALIFIZIERUNG VON WAHLBEAMTEN IM BLICK

Den schwarz-grünen Gesetzentwurf zur Modernisierung des Dienstrechts von kommunalen Wahlbeamten hat die SPD-Fraktion abgelehnt. Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion Günter Rudolph kritisierte das hektische und nicht transparente Verfahren. Rudolph sagte weiter: „Wer qualifizierte Bewerbungen für Direktwahlen von Bürgermeister und Landräten will, muss die Rahmenbedingungen so gestalten, dass ein solches Amt auch trotz des Risikos attraktiv bleibt, es nach einer Wahlperiode nicht mehr ausüben zu können.“ Zweifel äußerte Rudolph an der Absenkung des Mindest-Wählbarkeitsalter auf die Volljährigkeitsgrenze und die ersatzlose Aufhebung des Höchst-Wählbarkeitsalters.



GÜNTER RUDOLPH

RÜCKSCHRITT BEI GANZTAGSSCHULEN

Der „Pakt für den Nachmittag“ hat sich nach Ansicht der SPD-Bildungspolitikerin Karin Hartmann vom „schwarz-grünen Leuchtturm“ zum „schwachen Lichtlein“ entwickelt. Dieser Pakt sei für viele der Schulen, die bereits ein gutes Ganztagsangebot vorweisen könnten, eine Verschlechterung. Und die Gefahr bestehe, dass der Pakt für den Nachmittag die Entwicklung hin zu echten Ganztagschulen eher verhindere.



KARIN HARTMANN

Impressum
 SPD-Fraktion im Hessischen
 Landtag
 Schlossplatz 1-3
 65183 Wiesbaden
 Redaktion:
 Gert-Uwe Mende
 (verantwortlich)
 Katja Apelt
 Gerfried Zluga
 Martina Häusl-David